

Armee - Nationalrat winkt Armeebotschaft 2021 durch

- 09.06.2021
- Keystone SDA / Schweizerische Depeschenagentur

KEYSTONE SDA Basic News (deutsch) KEYSTONE ATS 09.06.2021 08.06.2021 10:45 bsd074 3 POL, PAR, LOH, SES, DEF Zusammenfassung Nachricht ind sda/jc bo cz Bern Armee - Nationalrat winkt Armeebotschaft 2021 durch Bern (sda) - Der Nationalrat hat am Dienstag der Armeebotschaft 2021 des Bundesrats zugestimmt.

Dieser sieht Verpflichtungskredite von rund 2,3 Milliarden Franken vor. Grüne und Linke stellten Kürzungsanträge, kamen damit aber nicht durch. Diskutiert wurde vor allem die Frage, ob die Armee - mit Blick auf die Ereignisse der Corona-Pandemie - an den wirklichen Bedrohungen vorbei plane. Teil der Botschaft sind die Verpflichtungskredite für das Rüstungsprogramm, für die Beschaffung von Armeematerial und für das Immobilienprogramm des Verteidigungsdepartements (VBS). Ablehnung im Nationalrat gab es seitens der Grünen beim Rüstungsprogramm.

Darin sind 360 Millionen Franken für die Erneuerung der Fahrzeuge für die Panzersappeurinnen und -sappeure respektive der Schützenpanzer enthalten. "Diese 360 Millionen Franken decken nur das Szenario bewaffneter Konflikte" ab, sagte Marionna Schlatter (Grüne/ZH). Das werde aber sogar vom Bundesrat als unwahrscheinlich bezeichnet. Dadurch würden nur unnötig Mittel gebunden für unechte Risiken - und das in so unsicheren Zeiten. Die Corona-Krise habe gezeigt, dass es andere Bedrohungen gebe.

Ihr Ablehnungsantrag kam aber mit 134 zu 44 Stimmen nicht durch. SP: "gemässigte Botschaft" Sogar ein Teil der armeekritischen SP stimmte dem Rüstungsprogramm zu, dieses sei nicht besonders "anruchig", sagte SP-Sprecherin Priska Seiler-Graf (SP/ZH). Allem, was die Arbeit der Soldatinnen und Soldaten besser und sicherer macht, stimme die SP zu. Insgesamt sei es eine "gemässigte Botschaft". Allerdings beantragte Seiler Graf, den Betrag für die Panzer um einen Drittel von 360 auf 240 Millionen Franken zu kürzen.

In einer solch angespannten Situation könne es sich die Schweiz nicht leisten, so viel Geld auszugeben für eher unnötiges Material. Leonore Porchet (Grüne/VD) wollte den Beitrag gänzlich streichen. Der Rat blieb aber bei 360 Millionen Franken. Die Kritik der Grünen, die Armee plane an den effektiven Bedrohungen vorbei, Hess Beat Flach (GLP/AG) nicht gelten. Die Armee habe sehr schnell sehr gut auf die Corona-Pandemie reagieren können, sagte er im Namen der GLP-Fraktion.

Auch Thomas Hurter (SVP/ZH) sagte im Namen der SVP-Fraktion, dass die Armee in der Krise sehr wichtig gewesen sei. Grüne: "Greenwashing" Mit der Armeebotschaft will der Bundesrat auch den Klimaschutz berücksichtigen. Als grösster Immobilienbesitzer des Bundes spielt das VBS bei der Erreichung des Klimaziels des Bundesrats nach Ansicht der Regierung eine wichtige Rolle. Künftig solle daher bei Gebäudesanierungen konsequent der Minergie-Standard angewendet werden. Das kam grundsätzlich gut an.

Das Verteidigungsdepartement zeige hier eine Vorreiterrolle auf, lobte etwa Ida Glanzmann-Hunkeler (EVP/LU) im Namen der Mitte-Fraktion. Die Grünen jedoch sprachen jedoch von "Greenwashing". Wenn man etwa sage, man kaufe klimafreundlichere Panzer, tone das zwar gut, sagte Marionna Schlatter (Grüne/ZH). Aber all diese "schönen grünen Worte" konnten nicht darüber hinwegtauschen, dass die ganze Rüstungs- und Militär-Branche eine der dreckigsten und klimaschadlichsten Industrien sei. Felix Wettstein (Grüne/SO) wollte zwecks einer besseren Sanierung bei den Sanierungen der Waffenplätze in Frauenfeld TG und Drognens FR sowie beim Ausbildungszentrum des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (Babs) in Schwarzenburg BE je 5 Millionen Franken und bei anderen Vorhaben 15 Millionen mehr sprechen.

